

# Reaktionen auf die Seegrund-Ausbaggerung im Föhnhafen Brunnen

(Bote der Urschweiz, 10.11.2018)

## *Instrumentalisierte Kantonsräte?*

Zum Artikel «Strafverfahren gegen Othmar Reichmuth»

Mit dem 9. Juni 2017 haben die beiden Kantonsräte Walter Duss (SVP, Bäch) und Dominik Zehnder (FDP, Bäch) eine Kleine Anfrage eingereicht. Unter dem Titel «Skandalöse staatliche Seegrundentsorgung in Brunnen» verlangten sie Auskunft darüber, was im Jahre 2014 im Föhnhafen Brunnen geschehen ist. Vorgeworfen wurde, dass damals eine grössere Menge an verschlammten Seegrund unzulässigerweise in tieferes Wasser vor den Hafen speditiert worden sei.

Die beiden Kantonsräte zeigten ohne vertiefte Sachkenntnisse auf Regierungsrat Othmar Reichmuth als Schuldigen. In der jüngeren Geschichte des Kantons ist dies einmalig, dass ein Regierungsrat derart angegriffen wurde. Zumal die beiden Kantonsräte

die Sache so darstellten, als seien ihre Vorhaltungen auch wirkliche Fakten. Trump und seine Fakenews lassen grüssen. Zudem war es sehr widersprüchlich, wenn man in der Kleinen Anfrage sich danach erkundigt, welche Person die Verantwortung trage und man vier Zeilen weiter unten schon mit Regierungsrat Reichmuth einen «Schuldigen» glaubt, gefunden zu haben. Das ist Hexenjagd.

So wie man in der Höfe hören kann, seien die beiden Höfner Kantonsräte vom ehemaligen leitenden Mitarbeiter instrumentalisiert worden. Dies ist schlechter politischer Stil!

Vor Kurzem erklärten die beiden Kantonsräte, sie wollten den Druck aufrechterhalten und damit verhindern, dass die Affäre ebenso entsorgt wird, wie der kontaminierte Schlamm.

Wie kommen die beiden Kantonsräte zu dieser Aussage? Stellen die

beiden Kantonsräte das korrekte Funktionieren der Staatsanwaltschaft infrage? Unsere Strafverfolgungsbehörden arbeiten pflichtbewusst. Sie entsorgen keine Fälle.

Im Speziellen Kantonsrat Zehnder sollte sich aber an der Nase nehmen. Die von seiner Verwandtschaft gehaltene K. Hürlimann Söhne AG, Brunnen, galt als Mitverursacherin der Verschlammung im Föhnhafen und Lee-wasser. Vielleicht hätten frühere Kantonsräte oder Strafuntersuchungsbehörden auch gegenüber der K. Hürlimann Söhne AG und deren Beteiligten die Bekämpfung von Gewässerverschmutzungen resoluter antreten müssen. Kantonsrat Zehnder sollte die Lebensweisheit: «Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein», beachten.

Sepp Dettling, Brunnen

Sepp Dettling ist Beisitzer der IGF Föhnhafen, Brunnen

## Wichtigtuerei zweier Kantonsräte?

Zum Artikel «Strafverfahren gegen Othmar Reichmuth»

Zwei Kantonsräte, Walter Duss (SVP) und Dominik Zehnder (FDP), beide Bäch, haben seinerzeit mit ihrer Kleinen Anfrage «Skandalöse Seegrundentsorgung in Brunnen» einen vermeintlichen Skandal ausgelöst. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Baudirektor Othmar Reichmuth (CVP) und gegen einen ehemaligen Mitarbeiter ein Strafverfahren eingeleitet. Gemäss Zeitungsberichten wird untersucht, ob in dieser Sache überhaupt ein Straftatbestand vorliegt. Es könne sich um Verstösse gegen diverse Gesetze wie Umweltschutz-, Gewässerschutz- sowie Planungs- und Baugesetz handeln. Zusätzlich ist von Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung die Rede.

Was soll diese ganze Geschichte. Wichtigtuerei zweier Kantonsräte gegen einen Regierungsrat der anderen Partei? Sofern ich das vom fernen Zugersee, wohlverstanden ohne Aktenkenntnis, beurteilen kann, sollte diese Geschichte dort beerdigt werden, wo der verschobene Schlamm angeblich heute liegt. Der Schlamm im Föhnhafen hat sich während Jahrzehnten angesammelt und wurde von den Verantwortlichen absolut preisgünstig an eine tiefere Stelle im gleichen See verschoben. Wäre die Schiffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee nicht behindert worden, würde der Schlamm noch heute im Föhnhafen liegen.

Fazit: Die Verantwortlichen, die die Unterwasserverschiebung des Schlamms angeordnet haben, handelten pragmatisch und klug. Schaden ist keiner entstanden. Die Steuerzahler wurden, wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenken darf, mit 58 000 Franken belastet statt mit einer Million Franken, die der Aushub, der Transport und die Entsorgung der 6000 Kubikmeter Seegrund gekostet hätte. Der Bürger muss sich wirklich fragen, warum ausgerechnet Walter Duss (SVP), als Präsident der Staatswirtschaftskommission, diese Untersuchung mit angestossen hat. Die Stawiko kontrolliert Regierungsrat und kantonale Verwaltung unter anderem auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Dem wurde ohne Zweifel nachgelebt, wurden mit der angeordneten Massnahme 950 000 Franken (!) eingespart. Handelt es sich etwa um ein vorsätzliches, politisches Manöver gegen den CVP-Regierungsrat und Baudirektor? Wie bekannt ist, könnte allenfalls Regierungsrat Othmar Reichmuth die SVP als Ständeratskandidat herausfordern.

Beat Studer, Arth